

# Newsletter



Nr. 06/8. Oktober  
2021

## Liebknecht-Kreis Sachsen



In dieser Ausgabe

Editorial:  
Schonungslose  
Analyse – aber wie?

Aktuelle  
Sonntagsfrage

Stellungnahmen aus  
der Partei

Stimmen aus der  
Linken

Hennig-Wellso: „Den (Weg) beschreibe ich gern so: Am frühen Morgen besuchen wir die Streikversammlung bei Amazon, am Vormittag demonstrieren wir mit Fridays for Future, mittags machen wir die Gesetze, am Abend stimmen wir sie im Parlament ab und die Regierung setzt sie um“ (ND vom 29. 9. 2021).

### „Schonungslose Analyse“ – aber wie?

Volker Külöw und Ekkehard Lieberam

Der 6. Newsletter des Liebknecht-Kreises Sachsen widmet sich ausschließlich der Bundestagswahl vom 26. September 2021. Besonders geht es uns um die desaströsen Wahlergebnisse für die LINKE sowie deren Ursachen und um tragfähige und notwendige Konsequenzen für die weitere politische Arbeit der Partei. Mit 4,9 Prozent der Zweitstimmen und drei Direktmandaten ist DIE LINKE dank dieser Mandate und einer entsprechenden Regelung im Bundeswahlgesetz gerade noch mit Fraktionsstärke (37) in den 20. Deutschen

Gestaltung: Alexander  
Schmidt

Bundestag eingezogen. Sie hat nunmehr 39 Mandate, 30 weniger als im 19. Bundestag. Von den vier Direktmandaten gingen in Berlin zwei Mandate verloren. Gesine Löttsch und Gregor Gysi verteidigten ihre Mandate. Petra Pau unterlag im Wahlkreis Berlin-Marzahn-Hellersdor mit 8,5 Prozent dem Kandidaten der CDU. Udo Wolf im Wahlkreis Berlin-Pankow hatte gegenüber dem Gewinner von den Grünen einen Abstand von 9,3 Prozent. Nach einem harten Wahlkampf sieht das bei beiden nicht aus.

Die Verteidigung und Erringung des dritten Direktmandats durch Sören Pellmann war keineswegs ein „Glücksfall“, infolge dessen die Partei mit „einem blauen Auge“ davon gekommen ist. Es war das Ergebnis eines sehr engagierten und professionellen Wahlkampfes der Leipziger Parteiorganisation, die auch generell ein besseres Wahlergebnis als im Freistaat Sachsen eingefahren hat (<https://www.wahlen.sachsen.de/bundestagswahl-2021-wahlergebnisse.php>)

Eine kritische Analyse unserer Wahlniederlage muss damit beginnen, die ganze Dramatik und die erschreckende Größenordnung dieses katastrophalen Wahlergebnisses deutlich zu machen. Nur auf diesem Hintergrund wird die tatsächliche Verantwortung der Parteispitze für diese „vergeigte Wahl“ erkennbar. Die LINKE hat bei dieser Wahl gut zwei Millionen Stimmen verloren, fast die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler. 640.000 gingen zur SPD, 480.000 zu den Grünen und 320.000 zu den Nichtwählern. In Westdeutschland erhielt sie noch 3,6 Prozent gegenüber 7,2 Prozent 2017. In Ostdeutschland wählten sie 10,1 Prozent gegen 17,3 Prozent bei der Wahl zum 19. Bundestag. Sie hat besonders eklatante Verluste bei den Arbeitern, Angestellten und den Gewerkschaftsmitgliedern hinnehmen müssen. Ihr Ansehen als Partei der sozialen Gerechtigkeit ist von 16 auf 11 Prozentpunkte gefallen. Fünf Prozent der Arbeiter und fünf Prozent der Angestellten haben sie diesmal gewählt. Bei der letzten Bundestagswahl waren es noch 10 bzw. 9 Prozent. Von den Gewerkschaftsmitgliedern haben zwar 18,8 Prozent CDU/CSU und 9 Prozent FDP gewählt, aber nur 6,6 Prozent die Linke (siehe Wahlnachtbericht von Horst Kahrs <https://www.rosalux.de/publikation/id/45055> und FAZ vom 30. September 2021).

Von der Parteispitze der LINKEN war unmittelbar nach der Wahl zu hören, es gehe um eine „schonungslose Analyse“. Wir stimmen dem zu. Aber weder der Mitgliederbrief der beiden Vorsitzenden vom 1. Oktober noch der mit einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen angenommene Beschluss 2021/214 des Parteivorstandes vom 3. Oktober „Zum Wahlausgang bei der Bundestagswahl 2021“ erfüllt diesen Anspruch. Der Parteivorstand weist zwar auf „Strukturprobleme unserer Partei im Osten wie im Westen“ als eine der Ursachen dieser Niederlage hin, schweigt sich jedoch darüber aus, was übergreifend zu diesen Strukturproblemen geführt hat: die Domestizierung der Partei durch das parlamentarische Regierungssystem.

Horst Kahrs hat im Auftrag der Bundesgeschäftsstelle der Partei einen „Wahlnachtbericht“ bereits am Tag nach der Wahl mit einem genauen Überblick über unsere Verluste eine erste Einschätzung der Wahlergebnisse vorgelegt. Brauchbare Einschätzungen des katastrophalen Wahlergebnisses und seiner Ursachen liegen bislang auch u.a. vom „Marxistische Forum (MF)“, der „Sozialistischen Linken (SL)“, der „Antikapitalistischen Linken (AKL)“, der „Kommunistischen Plattform (KPF)“, der „Bewegungslinken“ und von „Marx21“ vor (siehe <https://www.dielinke-sachsen.de/partei/parteistruktur/weitere-strukturen/lks/>). Von einer Einschätzung des rechtsreformistischen „Forums demokratischer Sozialismus“ ist hingegen nichts bekannt.

Noch am Wahlabend meinte Dietmar Bartsch gegenüber dem ZDF: „Das lag nicht am Wahlkampf.“ Schuld sei die „Zerstrittenheit“ der Partei in den letzten Jahren gewesen. Voll auf Rechtfertigungskurs war auch Susanne Hennig-Wellsow, Co-Vorsitzende unserer Partei, mit ihrem Interview drei Tage nach der Bundestagswahl in der sozialistischen Tageszeitung „Neues Deutschland“. Das Interview trug die Überschrift „Regieren heißt nicht, Grundsätze aufzugeben“. Ganz entschieden wies sie Kritik an dem von der Parteispitze betriebenen

offensiven Wahlkampf zu Gunsten von R2G zurück. Sie selbst hätte „auch im Bund keinerlei Bedenken gehabt, mit einem Wahlergebnis der Linken von fünfeinhalb oder sechs Prozent in eine Regierung zu gehen, weil es darauf ankommt, dass wir die Politik mitbestimmen können.“ Das Interview verleugnete eine „schonungslose Analyse“ und trug bizarre Züge. Susanne Henning-Wellsow pflegte die Illusion eines realitätsfernen Politikverständnisses (siehe obiges Zitat).

Politischen Institutionen, auch linke Parteien, sind dafür bekannt, dass sie sich damit schwertun, „schonungslos“ eigene Schwächen wirklich einzugestehen. Um den „heißen Brei“ redet man lieber herum. Erschreckend ist angesichts der Anpassungserfahrungen mit SPD, Grünen und auch der PDS die Geschichtsvergessenheit dieser Debatte. Selbst die vielen kritischen Stimmen aus der Partei bleiben bisher entweder dabei stehen, bei der Beantwortung der Frage nach den grundlegenden Schwächen der Partei allzu allgemein zu bleiben oder nur auf eine Vielzahl von Ursachen hinzuweisen (Abminderung ihrer Alleinstellungsmerkmale, unzureichende Vertretung der Ostinteressen, Anbiederung bis zur Selbstaufgabe bei der SPD usw.). Zu Recht wies Sahra Wagenknecht schon am Wahlabend darauf hin, dass die LINKE sich in den letzten Jahren immer weiter von dem entfernt hat, wofür sie gegründet wurde, nämlich als „Interessenvertretung für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner“. Auch Horst Kahrs ist zuzustimmen, wenn er schreibt, dass die „wahltaktischen Schwächen nur die Folge tiefergehender Probleme und anhaltender strategischer Schwächen sind.“ (ND vom 28. 9. 2021). Aber zu beantworten, bleibt bei einer tauglichen Analyse die Frage, worauf diese Schwächen und Probleme denn nun zurückzuführen sind?

Die Hauptschwäche der bisherigen Diskussion um die Ursachen der Wahlniederlage der LINKEN ist aus unserer Sicht die Negierung der schon längst von marxistischen Politikern wie Rosa Luxemburg und Wissenschaftlern wie Wolfgang Abendroth gewonnenen Erkenntnisse über die politische Zähmung ehemals kämpferischer sozialistischer, kommunistischer und systemoppositioneller Parteien gerade in Deutschland mittels der außerordentlichen Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie. Von der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins im Jahre 1863 bis zum Übergang der SPD zur Zustimmung zu den Kriegskrediten hat es noch gut 60 Jahre gedauert. Heute angesichts der Partizipation gerade erfolgreicher linker Parteien am Parteienstaat, dessen Ämterpatronage und finanziellen Zuwendungen, geht „Anpassung“ deutlich schneller. Bei den Grünen waren das etwa eineinhalb Jahrzehnte, bei der PDS und den Linken jeweils nur etwa zehn Jahre.

Die eigentlich übergreifende Ursache der Domestizierung der LINKEN, ihrer Entwicklung zu einer zweiten SPD, ihrer Abkehr vom Primat des außerparlamentarischen Kampfes, ihrer Hinwendung zu faulen Kompromissen im Wahlkampf usw. ist die Herausbildung einer „Sozialschicht“ in der Partei als „realer Träger der Integrationsideologie“, die eigene politische Interessen entwickelt, die sich von denen der Lohnabhängigen unterscheiden, die von der Partei lebt, zukünftig möglichst noch besser leben möchte und sich dabei an den allgemeinen Politikbetrieb anpasst.

Das ist nach allen Erfahrungen keineswegs ein Automatismus, aber doch eine starke Tendenz. Wolfgang Abendroth weist in seinem Buch „Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie“ von 1978 darauf hin, dass diese Sozialschicht bei der SPD von Berufspolitikern und Parteiarbeitern gebildet wurde. Sie entwickelte ihre eigenen Interessen. „Sie war an der verwaltungsmäßigen Fortführung der Partei in der gegebenen Existenzweise interessiert und dachte konservativ im Rahmen dieser Aufgabe, ohne über ihre eigene Situation in der Gegenwart hinaus denken zu wollen und zu können.“ (Bonn 2006, CD-Rom, S. 42).

Vom Ältestenrat der Partei wurde dieses Problem, wenn auch u. E. nicht deutlich genug, in seinem Bericht an den Bundesausschuss vom 21. Dezember 2020 angesprochen: „Eine fortlaufende Anpassung an und Teilhabe in politische Herrschaftsstrukturen werden vor allem

bei unerfüllten Versprechen von Mitgliedern und früheren Wählern deutlich wahrgenommen und abgelehnt.“ Wir haben in diesem Sinne bereits im Juli 2021 erklärt, dass im Wahlkampf „etwas grundsätzlich falsch“ läuft: „Im Grundsatzprogramm von

Erfurt hieß es von den anderen Bundestagsparteien noch, sie würden sich ‚devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen‘, heute gehören zwei davon zum ‚linken Lager‘, das einen Richtungswechsel herbeiführen soll. Vom staatsmonopolistischen Kapitalismus hat nie jemand etwas gehört. Staatspolitik im Kapitalismus erscheint nicht mehr als den ‚Interessen der Konzernchefs und Vermögensbesitzer‘ untergeordnet (Erfurter Programm), sondern als demokratischer Willensbildungsprozess“. (Volker Külöw, Ekkehard Lieberam u.a., Für einen Wahlkampf mit Biss/Für linke Gegenmachtstrategie. In: Ältestenrat zur aktuellen Lage der Partei mit weiteren Stellungnahmen. Hrsg. von Ekkehard Lieberam und Jochen Traut. Thüringen Juli 2021, S. 12 f.)

Die LINKE hat auf dem Weg zu einer angepassten „Existenzweise“ mit ihren offensiven Wahlkampf zugunsten von „R2G“ deutlich zugelegt. Aber offensichtlich wollen die Wählerinnen und Wähler keine zweite SPD. Sie hat im Wahlkampf genau wie die anderen Parteien den täuschenden äußeren Schein, dass Staatspolitik in der Bundesrepublik eine Willensfrage sei, kräftig bedient. Von einem Wahlkampf, der die Emanzipation der Lohnarbeiterklasse fördert, war wenig zu merken. Von Kapitalherrschaft war keine Rede mehr. Dass ihre Basis noch die Kraft findet, die LINKE als kämpferische linke Partei zu erneuern, ist sehr ungewiss.

## Aktuelle Umfragen

Institut	Forsa	Forsch'gr. Wahlen	INSA	Bundestagswahl
Veröffentl.	05.10.2021	01.10.2021	04.10.2021	26.09.2021
CDU/CSU	20	20	21	24,1
SPD	26	28	28	25,7
GRÜNE	16	16	15,5	14,8
FDP	14	13	13,5	11,5
DIE LINKE	5	5	4,5	4,9
AfD	9	10	10	10,3
Sonstige	10	8	7,5	8,7
Erhebung	T • 3.004 27.09.-04.10.	T • 1.249 28.09.-30.09.	O • 2.000 01.10.-04.10.	

## Stellungnahmen aus der Partei (Auszüge)

Die folgenden Erklärungen und Stimmen zu den Ergebnissen der Bundestagswahl für DIE LINKE sind alle auf der Website des Liebknecht-Kreises zu finden.

### Mitgliederbrief der Vorsitzenden

„Vor jeder politischen Konsequenz steht eine gründliche Untersuchung. Natürlich müssen wir diese Wahl sehr genau auswerten. Wir beginnen damit am kommenden Wochenende mit der Klausur des Parteivorstandes“.

„Sicher haben die Konflikte der letzten Jahre, ebenso wie Strukturprobleme im Osten wie im Westen ihren Anteil an unserem Abschneiden. Auch hat die Möglichkeit der Ablösung eines CDU-geführten Kanzleramts durch die Grünen und zum Schluss durch die SPD viele Wähler:innen dazu gebracht, dieses Mal ihr Kreuz nicht bei der LINKEN zu machen. Aber die Gründe liegen wohl tiefer. Wir haben zu wenige überzeugen können, dass der bessere Weg mit der LINKEN zu gehen wäre. Über diesen dramatischen Verlust von Vertrauen gilt es zu reden. Dies wollen wir mit euch gemeinsam tun. Für diesen Verständigungsprozess werden wir nach der Parteivorstandsklausur Vorschläge machen“.

## **Bericht des Parteivorstandes**

„Diese Wahl war für DIE LINKE eine dramatische Niederlage. Wir sind uns bewusst, dass wir diese zuallererst selbst zu verantworten haben. Einige Faktoren lagen außerhalb unseres Einflusses, aber wir müssen uns grundlegende Fragen stellen. Fragen nach unseren Fehlern, Fragen nach unserer gesellschaftlichen Funktion und unserem Profil, Fragen nach unserer Idee einer freien, demokratischen, sozialistischen Gesellschaft“.

„Eine tieferliegende Ursache liegt in Strukturproblemen unserer Partei im Osten wie im Westen. Wir haben in den vergangenen Jahren massiv an Verankerung verloren und zu wenige neue Mitglieder gewinnen können. Diese Wahl hat gezeigt: Wir haben – bis auf wenige Ausnahmen – flächendeckend verloren. Daher müssen der Parteaufbau und die kommunalpolitische Verankerung in der nächsten Zeit eine hohe Priorität haben. Wir müssen der Einbindung von Neumitgliedern besondere Beachtung schenken“

„Auch wenn die Ursachen dieses Wahlergebnisses vielfältig sind, ist die Niederlage bei der Bundestagswahl auch Ergebnis öffentlich geführter innerparteilicher Konflikte der letzten Jahre. Damit einher ging eine - trotz klarer Programmatik, Parteivorstands- und Parteitagsbeschlüssen - widersprüchliche Kommunikation in Schlüsselfragen unserer Zeit. Das muss sich ändern. Ein Neuanfang muss daher darauf abzielen, hier eine bessere Abstimmung zwischen Partei und Fraktion sowie innerhalb der Bundestagsfraktion sicherzustellen. Der neuen Bundestagsfraktion und dem Fraktionsvorstand kommt eine hohe Verantwortung zu, auf Basis des Wahlprogramms geschlossen zu agieren“.

## **Bericht des Ältestenrates**

„An erster Stelle in unserer Bewertung des Wahlausgangs sollten die Veränderungen in der bundesdeutschen Gesellschaft stehen. In der Folge der Entfesselung der produktiven Kräfte sind wir sowohl mit bedrohlichen Umwälzungen im Verhältnis zur Natur und zur Verschärfung der sozialen Spaltungen konfrontiert. Auf diese Herausforderungen wollen wir in einer emanzipativen Strategie einen Beitrag zur Stärkung des Widerstandspotentials leisten. Nach einer gründlichen Analyse unserer Defizite und nach einer umfassenden parteiinternen Diskussion, die über die Vorstandsgremien hinausgeht, können wir trotz der schmerzenden Niederlage unseren Beitrag leisten und zeigen, wie wir linke Politik entfalten und wirksam machen wollen und vor allem, wie wir sie weiter entfalten können.

Sprechen wir von den Ursachen der Wahlniederlage müssen wir uns wohl eingestehen, dass wir einen Wahlkampf mit engstem Blick auf uns und nicht mit dem ständigen Blick auf die wechselvollen Ereignisse, die Politik der politischen Parteien und der Stimmungsentwicklung in unserer Gesellschaft gerichtet haben.

Der Bundesausschuss und der Ältestenrat haben seit längerem und wiederholt eine konstruktive Debatte mit klaren Entscheidungen zur Strategie und zur Parteientwicklung angemahnt. Es gab nie eine Zurückweisung der Vorschläge, aber es gab auch kein konstruktiv-kritisches Handeln. Neue Schwüre und Versprechen werden den seit längerer Zeit gewachsenen Vertrauensverlust zur Führung und zu Führungskräften in der Partei nicht aufheben“.

„Die Basisarbeit in der Partei ist allgemein nicht auf der Höhe der Anforderungen, aber ohne die Kreisorganisationen in der Fläche unter Beachtung ihrer regionalen Bedingungen wird es kein Wachstum und nicht die nötige politische Kraft geben, die gerade jetzt die Linke so nötig braucht. Als Mitglied der deutschen LINKEN ist jedes Mitglied auch als Doppelmitglied in der Europäischen Linken. Die Enttäuschung über unsere Wahlniederlage hat ihre Wirkung auch in der ELP. Es wäre zu prüfen, wie solidarisch nicht nur die Gefühle sind, die uns verbinden, sondern auch zu betrachten, mit welchen Kräften wir politisch und materiell die Europäische Partei weiter stärken und in der Fraktion im Europaparlament wirken. Wir wollen es auch offen aussprechen, wir bestimmen nicht die Zeit des Handelns, die Zeit bestimmt, fordert, dass

wir handeln. Die Höhe, die Tiefe und die Breite und vor allem die Qualität, mit der es geschieht, wird über den Platz und den Erhalt der Partei DIE LINKE entscheiden“.

### **Erklärung des marxistischen Forums**

„Die Hauptursachen für unsere Niederlage liegen jedoch tiefer und sind nicht erst im Wahlkampf entstanden. DIE LINKE hat aber trotz vieler sozialer Forderungen verloren – gerade wegen ihres gleichzeitig mangelnden sozialen Profils, das über Jahre hinweg kontinuierlich abgebröckelt war. DIE LINKE kommt nicht mehr glaubhaft daher als die Partei, welche die Sorgen und Nöte der ArbeitnehmerInnen und sozial Benachteiligten ernst nimmt und sie dabei auch versteht. Seit 2015 hat die Politik der Linken allmählich zum Verlust dieses Profils beigetragen“.

„Der Absturz der LINKEN von 11,9 Prozent (2009) auf jetzt 4,9 Prozent geht zurück auf eine fehlende ökonomische Strategie zur Überwindung der aktuellen Klima- und Gesellschaftskrise. Durch ihr Auftreten hat die LINKE es nicht mehr geschafft, die Sprache und Interessen ihre Stammwählenden zu sprechen und gleichzeitig den Eindruck erweckt, dass sie die „besseren Grünen“ seien wollen. DIE LINKE hat den Eindruck bei Millionen von Lohnabhängigen hinterlassen, dass sie in der Klimaschutzfrage analog zu den Grünen Klimaschutz auf dem Wege der Verteuerung von Benzin, Gas und Heizöl erreichen wolle. All dies hat uns viel Zuspruch gekostet und gehört zu den wesentlichen Ursachen für den Vertrauensverlust bei Millionen von Lohnabhängigen und RentnerInnen“.

### **Erklärung des Bundessprecherrates der KPF**

„Wenn eine Partei fast die Hälfte des Stimmanteils verliert, ist schonungslose Analyse angesagt. Die Auseinandersetzungen über die Ursachen unseres Abschneidens bei den Bundestagswahlen werden das Leben unserer Partei in den nächsten Tagen und Wochen maßgeblich prägen. Die Ursachen sind sicherlich vielfältig. Wir sind davon überzeugt, dass es ein grundlegender Fehler war – den die PDS 2002 schon einmal beging – den Wahlkampf der LINKEN in ungesundem Maße auf das Streben nach einer Regierungsbeteiligung im Bund zu fixieren. So berichtete das *nd* vom 23. September 2021 in einer Stimmungslage, die keine Sicherheit bot, dass wir die Fünf-Prozent-Hürde nehmen werden, der Ex-Fraktionschef der Berliner LINKEN Udo Wolf habe geäußert, auch mit einer Gruppe könne man bei der Frage der Regierungsbildung mitsprechen. Eine unfassbare Prioritätensetzung“.

### **Stellungnahme des Bundessprecher:innenrates der Antikapitalistischen Linken**

„Die LINKE gehört zu den großen Verlierer:innen dieser Wahl. Wieder einmal. Sie hat zwei Millionen – fast die Hälfte von 2017 – an Stimmen verloren und vor allem an Stimmungen. Statt eine Offensive für einen „System Change“, für ein grundlegend anderes Politik- und Gesellschaftsmodell zu starten, hat sich sie LINKE inhaltlich selber kastriert und sich nur als Teil einer herbeifantasierten Koalition mit SPD und GRÜNEN schon im Wahlkampf dargestellt“.

„Das Ergebnis war vorherzusehen: Trotz aller Balzerei von Kopien wird in der Regel dann doch das Original gewählt. Eine gute Million Wähler:innen der LINKEN ist zu SPD und GRÜNE gewandert. Eine gute halbe Million hat gar nicht gewählt. Die eigene Anhänger:innenschaft der LINKEN, die immer noch zu einem wesentlichen Teil aus von SPD und etwas weniger auch von den GRÜNEN enttäuschten Menschen besteht, die nicht wieder die politische Identität für ein Linsengericht verkaufen wollen, wurde in und durch diesem Wahlkampf verprellt“.

### **Erklärung der Bewegungslinken**

„Ausgangspunkt einer ehrlichen Analyse der aktuellen Krise ist also, dass DIE LINKE von 2009 nicht mehr ist und auch nicht zurückkommen würde, wenn wir noch einmal mit dem Programm, den Plakaten oder dem Personal von 2009 in den Wahlkampf zögen“.

„Die neue Partei findet sich dort, wo immer mehr Menschen bemerken, dass wir die konsequentesten und gerechtesten Antworten auf die Klimakrise hervorbringen, weil wir es wagen, den fossilen Automobilkapitalismus in seinen Grundlagen in Frage zu stellen. All diese Klassenkämpfe brauchen eine moderne sozialistische Partei, die gewappnet ist, diese Auseinandersetzungen an der Seite aller Beschäftigten, der Klima-Aktivist:innen und der Bewegungen für Bleiberecht zu führen. Das geht nur mit organisierenden Ansätzen und unteilbarer Solidarität“.

„Wir können nicht auf eine günstige politische Konjunktur warten, in der zugleich Gerechtigkeitsfragen in den Kern gesellschaftlicher Debatten rücken und anderen Parteien nicht zugetraut wird, sie zu lösen. Wir müssen den Aufbau einer solchen, neuen Partei jetzt vorantreiben, und wir müssen die Blockaden lösen, die das neue daran hindern, zur Welt zu kommen. Diese Blockaden bestehen ganz profan in der oft unausgesprochenen Überzeugung, so wie wir immer schon Politik, Wahlkampf und Parteileben gestaltet hätten, sei es doch früher auch gegangen und daher auch für die Zukunft richtig. Diese Überzeugung ist so falsch wie gefährlich – die 2020er Jahre sind nicht die 2000er, und nur, wenn wir bereit sind, aus dem Schatz aller Erfahrungen, Erfolge und Niederlagen der gesellschaftlichen Linken zu lernen und die besten Wege und Methoden auszuprobieren, zu erfinden und verbessern, können wir den Machtstrukturen der Herrschenden den entscheidenden Schritt voraus sein“.

### **Erklärung von Frieden Links**

„Im Wahlkampf gerierte sich die LINKE als ob die nur von ihr angestrebte „rot-rot-grüne“ Koalition bereits bestünde und als ob die LINKE nicht nur Garantin einer echt linken Koalition wäre, die SPD ein wenig sozialer, die Grünen konsequent ökologisch machen könne. Rund eine Million ihrer Wählerinnen und Wähler gaben dann aber ihre Stimme zu ziemlich gleichen Teilen lieber den beiden Originalen. Statt des Mitregierens auf kaum wärmendem Flämmchen mit vielleicht einem Staatssekretärsposten hat sich die Stimmenzahl der linken Opposition halbiert“.

### **Wahlanalyse der sozialistischen Linken**

„Sicher gab es eine Reihe von externen Faktoren und Konstellationen, die für DIE LINKE nicht günstig waren: Von der Fokussierung auf die Kanzlernachfolge und dem Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Laschet und Scholz, bis hin zur Coronakrise, bei der wir als Opposition wenig wahrnehmbar waren, weil der Umgang damit unsere Partei und Wählerschaft gespalten hat. Trotzdem sind wir weit unter unseren Möglichkeiten geblieben und müssen die Hauptgründe bei uns selbst und nicht in den Umständen suchen. Ein Weiter-so darf es organisatorisch, strukturell und strategisch nicht geben! Eines ist sicher: Als Reaktion auf den Wahlausgang brauchen wir gewiss kein neues Parteiprogramm“.

„DIE LINKE hat besonders stark bei weniger Gebildeten, bei Erwerbstätigen und bei Rentner:innen sowie in der Fläche (v.a. in Ostdeutschland) verloren. Bei der Kerngruppe der Erwerbstätigen hat sie ihren Stimmenanteil gegenüber 2017 halbiert, gegenüber 2009 nahezu gedrittelt, und liegt unter fünf Prozent. Unter Gewerkschaftsmitgliedern hat sie sich ebenfalls fast halbiert gegenüber 2017 und liegt hinter FDP und AFD bei gerade mal 6,6% Zuspruch“.

„Es ist auch unumgänglich, dass unsere Partei neben der Sprache der Akademiker:innen auch wieder lernt die Sprache der Familien und Pausenecken, der Stammtische und Kneipentheken zu sprechen. Wir müssen so frei nach Schnauze reden und es akzeptieren, wie es die Menschen tun, für die wir Politik machen und deren Köpfe und Herzen wir ansprechen wollen. DIE LINKE muss verständlich und offen, einladend und expansiv sein, bereit und fähig zum Gespräch, nicht abstoßend, abgrenzend und verschreckend“.

## **Stimmen aus der Linken (Auszüge)**

### **Alexander Neu (in ZU vom 5.10.2021)**

„Es war fast ausschließlich „Die Linke“, die einen Lagerwahlkampf gemacht hat. Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SPD haben das nicht gemacht. Nur „Die Linke“ – das grenzte an Stalking. Die Partei hat Positionen zur Disposition gestellt, bevor es überhaupt zu Verhandlungen gekommen ist und ist nahezu über jedes Stöckchen gesprungen, das ihr hingehalten wurde. Das ist bei Wählerinnen und Wählern nicht gut angekommen. Im Gegenteil“.

### **Dr. Erhard Crome (RT-News)**

„Gräser: Was sehen Sie als Ursachen des historischen Absturzes der Linkspartei in der Wählergunst?“

„Crome: Der erste Punkt steht bereits in der Antwort auf die vorhergehende Frage. Die Linke ist nicht mehr die Partei, wie einst die PDS, die mit der Vertretung ostdeutscher Interessen identifiziert wird. Sie hat sich auf den Westen erfolgreich erstreckt, aber dort offenbar weniger gewonnen, als sie im Osten verloren hat“.

„Hinzu kommt, dass die FDP und die AfD offenbar jeweils eine eigene Wählerschaft haben. Die Wählerschaft der SPD, der Grünen und der Linken rekrutiert sich inzwischen aber zu einem erheblichen Teil gleichermaßen aus dem urbanen, mehr oder weniger weltläufigen, akademisch (halb-)gebildeten Milieu, das Sahra Wagenknecht die "Selbstgerechten" genannt hat. Da scheint es eher eine situative Entscheidung zu sein, welche der drei Parteien gewählt wird. Insofern haben erst der Hype um Baerbock, dann die Chance, mit Scholz die CDU aus dem Kanzleramt zu jagen, der Linkspartei geschadet“.

„Hinzu kommt, dass die Linken-Akteure alle modischen Wellen von Gender-Sprech, "antikolonialer" Attitüde usw. mitgemacht haben, wohl wissend, dass die Mehrheit der Bevölkerung – darunter auch frühere Linken-Wähler, die nicht zu den Selbstgerechten gehören – dies alles ablehnt“.

„Am Ende bleiben die unmittelbaren politischen Fehlleistungen. Eine Partei, die sich wenige Wochen vor der Wahl damit beschäftigt, das bekannteste und über die eigenen Blasen hinaus sympathischste Gesicht der Partei – Sahra Wagenknecht – mit einem Parteiausschlussverfahren zu überziehen, ist schlicht nicht wählbar. Die beiden Parteivorsitzenden haben sich zwar bemüht, das rasch aus dem Verkehr zu ziehen. Da war die Nestbeschmutzung aber bereits vollbracht“.

### **Georg Fülberth (in ND vom 30.9.2021)**

„Was jetzt und in den nächsten Monaten in der Partei Die Linke passiert, lässt sich wohl nicht vermeiden: Heulen und Zähneklappern, Schuldzuweisungen, vielleicht hässliche Dinge. Das ist alles schon einmal da gewesen: 2002“.

„Kenntnisnahme eines Strukturproblems: Die Partei Die Linke ist der kleinere Teil eines sozialdemokratischen Potenzials, das nach wie vor schrumpft. Es betrug 2005 – addiert man die Anteile der Linken mit der SPD – noch 42,9 Prozent. 2009 blieben davon 34,9 Prozent übrig, 2013 waren es 34,3 Prozent, ein Tiefststand von 29,7 Prozent wurde 2017 erreicht. Die leichte Erholung um 0,9 Prozentpunkte jetzt, also auf 30,6, kann noch nicht als Trendwende gelten. Die Wahlergebnisse der Linkspartei und der SPD sind voneinander abhängige Variablen: Was die einen verlieren, gewinnen die anderen“.

### **Volker Külöw und Ekkehard Lieberam (in UZ vom 8.10.2021)**

„Trotz des Desasters am 26. September hat „Die Linke“ eine letzte Chance eingeräumt bekommen, den Kurs der „Selbsterstörung“ (Thies Gleiss) zu korrigieren: nicht wegen ihrer 39 Mandatsträger, die im Bundestag verblieben sind, sondern wegen des Kerns ihrer Anhänger in

Berlin und in Leipzig. Dort haben eine Kandidatin (Gesine Löttsch) und zwei Kandidaten (Gregor Gysi, Sören Pellmann) durch den Gewinn des Direktmandates den Parlamentsverbleib überhaupt erst ermöglicht. Der Leipziger (und der Grazer) Weg – den außerparlamentarischen Kampf und die parlamentarische Repräsentation organisch zu verknüpfen – ist mit der Linkspartei in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit bundesweit nicht möglich. Dazu wäre eine grundsätzliche Umorientierung der Partei und die damit verbundene Bereitschaft, die systemimmanenten Ursachen der Niederlage endlich ernsthaft zu analysieren, zwingend nötig“.

„Die Hauptschwäche der bisherigen Diskussion innerhalb der Partei ist die Negierung der schon längst von marxistischen Köpfen wie Rosa Luxemburg und Wolfgang Abendroth gewonnenen Erkenntnisse über die politische Zähmung ehemals sozialistischer und systemoppositioneller Parteien mittels der außerordentlichen Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie. Die eigentlich „tiefergehende“ Ursache der Domestizierung der Linkspartei, ihrer Abkehr vom Primat des außerparlamentarischen Kampfes sowie ihrer Hinwendung zu faulen Kompromissen im Wahlkampf ist die Herausbildung einer „Sozialschicht“ in der Partei als „realer Träger der Integrationsideologie“.

„Die Linke“ hat auf dem Weg zu einer angepassten Existenzweise mit ihrem offensiven Wahlkampf zugunsten von R2G in den letzten Monaten deutlich zugelegt, ist damit aber krachend gescheitert. Sie würde mit der Fortsetzung dieses Kurses endgültig ruiniert, denn die Partei käme „in die Lage des Jägers, der das Wild nicht erlegt und die Flinte zugleich verloren hat“ (Rosa Luxemburg am 30. September 1899 zur Situation der französischen Regierungsozialisten). Ob „Die Linke“ die Kraft findet, sich als kämpferische linke Partei neu zu erfinden, ist mehr als ungewiss“.